

Liebe Teilnehmerinnen der libertären 1. Mai-Demo,

ich spreche hier zu euch als Mitglied der Gruppe Refugees Welcome Bonn. In Folge der 2012 zuerst in Würzburg, später auch in vielen anderen Städten in diesem Land sich formierenden Flüchtlingsproteste sind auch wir aktiv geworden, um uns ein Bild von der Lebenssituation in Bonn lebender Geflüchteter zu machen, Kritik an den unwürdigen Zuständen zu üben, unter denen sie gezwungen sind zu leben, und ihnen bei der Selbstorganisation zu helfen. Daneben sind wir, weil Stadt und Land sich weigern, ihrer Verantwortung nachzukommen, ständig gezwungen, auch bei Dingen des täglichen Bedarfs, bei Arzt- und Behördenbesuchen, bei der Vermittlung von Anwälten und ähnlichem zu helfen. Inzwischen haben sich dabei Kontakte und Freundschaften entwickelt, über alle nationalen Borniertheiten hinweg, es ist ein Pool von Freiwilligen entstanden, die uns bei der Arbeit unter die Arme greifen und eigene Initiativen ergreifen, und auch einige Geflüchtete haben sich uns angeschlossen, um anderen bei ihren Problemen zu helfen.

Kaum etwas ist so zufällig, wie der Ort, an dem ein Mensch geboren wird und der Staat, dem er zugeordnet wird. Manch einer hat sogar das Pech, dass ihn kein Staat als Bürger aufnimmt – ein grausames Schicksal, denn auch wenn aus diesem Status sehr lästige Pflichten erwachsen, ist diejenige ohne Staatsangehörigkeit ziemlich rechtlos, auch wenn internationale Verträge minimalen Schutz garantieren sollen. Während als Deutsche anerkannte Personen oder die Bürger bestimmter Vertragspartner des deutschen Staates noch relativ privilegiert hier leben können, ist denjenigen ohne regulären Aufenthaltsstatus, mit laufendem Asylverfahren und selbst denen, deren Asylanträge genehmigt wurden, eine Reihe von Dingen verwehrt, die für die anderen selbstverständlich sind. Sie dürfen nicht hier arbeiten und sind damit auf kärgliche Almosen und den beengten Wohnraum angewiesen, der ihnen von offizieller Seite zur Verfügung gestellt wird. Teilweise müssen sie jahrelang in den miserablen Heimen der Stadt leben.

So ist eine aus fünf Personen bestehende junge Familie gezwungen, in einem kleinen Zimmer zusammenzuleben und außer uns kümmert sich kaum jemand um die speziellen Probleme, die sich aus dieser Situation ergeben. Die Mutter, die schwanger ist und die selbst kein Deutsch und kein Englisch spricht, müsste eigentlich jemanden zur Seite gestellt bekommen, die für sie dolmetscht und sie bei Arztbesuchen unterstützt. Die Familie bräuchte weit mehr als die paar Quadratmeter Wohnfläche, die ihnen im Asylbewerberheim zur Verfügung gestellt werden, und sie bräuchte Ruhe, damit sich die Kinder so stressfrei wie möglich entwickeln können. All dies verwehrt ihnen das deutsche Asylregime.

Vielleicht habt ihr auch von den drei Menschen aus Nigeria gehört, die wir mit unseren bescheidenen Mitteln unterstützen, so gut es geht. Umar, Mustafa und Hauwa sind aus ihrem Heimatland geflüchtet, weil sie nicht für die islamistische Terrorbande Boko Haram kämpfen wollten. Zunächst arbeiteten sie in Libyen, bis der Aufenthalt infolge der Kämpfe zwischen den Anhängern Gaddhafis und der Rebellen auch dort für sie unmöglich wurde, weil man sie aufgrund rassistischer Verleumdungen für Söldner des Diktators hielt, der angeblich viele Afrikaner mit dunkler Hautfarbe aus anderen Staaten angeworben hatte. Deswegen versuchten sie, über das Mittelmeer nach Europa wegzuziehen. Wie viele tausend andere kamen sie nach einer höchst gefährlichen Überfahrt auf der italienischen Insel Lampedusa an Land. Hier beantragten sie Asyl und durften erst einmal in Italien bleiben, allerdings mussten sie hier in slumartigen Unterkünften vegetieren und auf Olivenplantagen für 2,50 Euro am Tag schufteten, um über die Runden zu kommen. Eines Tages aber beschlossen die italienischen Behörden, die sich von ihren Kollegen in den reichen nördlichen Staaten der EU und vor allem von den deutschen Behörden allein gelassen fühlten, dass sie die afrikanischen Geflüchteten mit einem kleinen Handgeld und Touristenvisa ausgestattet loswerden könnten und schickten sie auf eine Reise in den Norden. Einige hundert Menschen landeten auf diesem Wege in Hamburg und Berlin und Umar, Mustafa und Hauwa kamen hier in Bonn an. Über zahlreiche Umwege, über die Caritas, Amnesty International und das Oscar-Romero-Haus, lernten die drei uns kennen und wir sie. Während andere Geflüchtete zumindest noch den Anspruch auf eine Unterbringung und minimale Unterhaltsleistungen haben, bekommen

die drei von diesem deutschen Staat gar nichts – außer dass er sie ständig bedroht, sie zurück nach Italien abzuschieben. Daher kümmern wir uns darum, sie unterzubringen, sie mit dem Notwendigsten zu versorgen und ihren Rechtsbeistand zu organisieren. Glücklicherweise helfen uns inzwischen viele solidarische Menschen dabei, dies so gut es geht zu realisieren. Dennoch aber bedroht der deutsche Staat sie, die wir kennen und schätzen gelernt haben, die teilweise von gesundheitlichen Problemen geplagt werden und eine traumatische Fluchterfahrung haben, weiterhin mit Abschiebung in ein Land, in dem sich ihnen keine Perspektive bietet und das sie als elender erlebt haben als das vorrevolutionäre Libyen. Und die Stadt, die sich selbst für ihre Weltoffenheit feiert und humanitären Spielraum hätte, was die rechtliche Situation angeht, möchte sich nicht für die drei einsetzen.

Auch was die gesundheitliche Situation von anerkannten Flüchtlingen oder Asylsuchenden angeht ist die Situation miserabel. Dies fängt schon mit den Regularien an, denen sie unterworfen sind, müssen sie doch erst einen Schein vom Amt holen, bevor sie sich untersuchen lassen können. Weiter geht es aber mit zahlreichen weiteren Schikanen, denen Geflüchtete in Deutschland leiden müssen. Einer unserer Bekannten beispielsweise leidet unter Hepatitis und die Stadt will ihm die kostspielige Behandlung nicht erstatten, solange es sich nicht um eine lebensgefährliche Situation handelt, in der er steht. Von Prävention hat man hier anscheinend noch nichts gehört, erst muss sein Leben gefährdet sein.

Wenn die Stadt die Geflüchteten ansprechen will, so tut sie dies grundsätzlich nur in Briefen, die in deutscher Sprache verfasst sind. Dass viele den Brief nicht verstehen, interessiert bei der Stadt niemanden, obwohl es wohl nicht zu viel verlangt wäre, zumindest eine englische Übersetzung mitzuliefern, wenn man schon nicht die Sozialarbeiter dazu verpflichten kann, es den Heimbewohnerinnen zu vermitteln, die die Stadt angeblich zu ihrer Betreuung abgestellt hat, von denen aber weder wir noch unsere Freunde, die im Heim leben, je etwas gehört oder gesehen haben.

Dies sind nur wenige Beispiele für das herrschende Elend, dem Geflüchtete in Bonn ausgesetzt sind. Das Elend hat aber leider eine Systematik, aus der es hervorgeht. Deutschland versucht, sich von den Flüchtlingsströmen abzuschotten, die die herrschende Weltunordnung hervorbringt, weshalb es gegenüber anderen EU-Staaten beispielsweise auf der sogenannten Drittstaatenregelung beharrt. Diese ermöglicht es, die Verantwortung für die meisten Geflüchteten, die Deutschland trotz massiver Grenzkontrollen erreichen, an die Staaten an den Außengrenzen der EU abzuschieben, in denen sie erstmals das Gebiet der Europäischen Union betreten haben. Gleichzeitig versucht die herrschende Politik allerdings auch, den Anschein von Humanität aufrecht zu erhalten, will sich doch gerade Deutschland als Weltfriedensmacht, als humanerer Konkurrent der Weltmacht USA präsentieren, und aus diesem Image Kapital schlagen. Die völlige Abschaffung des Asylrechts wäre außerdem vermutlich mit den eher linken Parteien, die an der Ausgestaltung dieser Politik beteiligt sind, nicht zu machen. Gezwungenermaßen nimmt Deutschland also doch ein paar Menschen auf, die hier Asyl beantragen, versucht aber, möglichst wenigen eine möglichst kurze Aufenthaltserlaubnis zu geben, möglichst wenig Geld auszugeben und den hier lebenden Geflüchteten die Zeit so unangenehm wie möglich zu machen. Hinzu kommt der in Deutschland herrschende Rassismus, der weite Bevölkerungsteile eint und den Scharfmacher von rechts immer wieder nutzen können, um sich selbst beim rechten Wahlvolk beliebt zu machen. Aus dem Widerspruch – eigentlich würde das nationale Gesamtinteresse lieber keine Flüchtlinge hier mit durchfüttern, aber allzu brutal kann man das auch nicht machen, weil es dem Image schaden würde; weite Teile der Bevölkerung sind Rassisten, mit anderen wäre aber eine Politik nicht zu machen, die gar keine humanitäre Komponente enthält, so klein diese im Detail auch immer sein mag – ergibt sich eine Politik, die ein vollkommen ausgehöhlt Asylrecht hervorbringt. Die Menschen, um die es dabei geht, werden dabei bloß als Material aufgefasst, mit dem man umzugehen und das man irgendwie zu organisieren hat, statt ihnen ein Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen.

Auch gegen diese Politik stehen wir ein – neben der täglich uns aufgenötigten Arbeit zur ganz praktischen Unterstützung der Geflüchteten – und gehen heute auf die Straße. Unser Ziel ist eine

Welt, in der alle Menschen sich als Individuum entfalten können, ohne von anderen marginalisiert und eingeschüchtert und an dieser Entfaltung behindert zu werden. Dass dieses Ziel weit entfernt scheint, hindert uns nicht, daran zu arbeiten.

Rede anlässlich der libertären Demonstration in Bonn, 01.05.2014

Refugees Welcome Bonn e.V.
c/o Buchladen LeSabot
Breite Straße 76
53111 Bonn

E-Mail:
refugees-welcome@riseup.net

Facebook:
www.facebook.com/welcomebonn

Homepage:
www.welcome.blogsport.de